

macht bei einem Durchschnittshaushalt mit 3.500 Kilowattstunden aber nur rund 2 € pro Monat aus.

Heizkosten- und Stromrechnungen werden für die ärmeren Teile der Bevölkerung immer unbezahlbarer. Vor allem die 5,2 Millionen Haushalte, die laut Armutsbericht der Bundesregierung mit einem Nettoeinkommen zwischen 500 und 900 € monatlich unter der Armutsgrenze liegen, werden zunehmend in die Insolvenz durch Unbezahlbarkeit getrieben.

Es ist unglaublich, dass die Landesregierung NRW nicht einmal den Versuch unternimmt, den Preisanstieg zu stoppen, und dem Treiben zusieht.

Auch in anderen Bereichen passiert nichts. Besser gedämmte Gebäude und mehr erneuerbare Energien sind dauerhaft und nachhaltig eine wirksame Bremse gegen steigende Energiekosten. Die Grenzwerte der Energieeinsparverordnung müssen endlich verschärft werden. Gleichzeitig muss die Förderung der Gebäudesanierung radikal verbessert werden. Gerade die ärmeren Bevölkerungsteile sitzen in den am schlechtesten isolierten Wohnungen mit den höchsten Energiekosten.

Doch Ministerpräsident Rüttgers verzichtet im Zusammenhang mit den geplanten Stilllegungen bei der Kohle auf 700 Millionen € des Bundes, die gerade hätten dazu dienen können, die Altbausanierung voranzubringen, den Strukturwandel im Ruhrgebiet zu fördern und Arbeitsplätze zu schaffen.

Die Landesregierung hat durch die Landesverfassung nicht nur die Möglichkeit, sondern muss hier zum Schutz der Bürger eingreifen. Die Stromkonzerne müssen vollen Einblick in ihre Kostenrechnung geben. Die Stromversorgung ist ein zentraler Punkt der Daseinsvorsorge. Sie muss dezentralisiert, kommunalisiert, demokratisiert und ins Gemeinwohl überführt werden.

Den derzeitigen Zustand nur zu beklagen, hilft nicht weiter. Da wende ich mich auch an meine ehemaligen Kolleginnen und Kollegen von den Grünen. Was wollen Sie denn jetzt eigentlich? Höhere Strompreise? Niedrige Strompreise? Ist der Strom zu billig? Ist er zu teuer? Das war gerade nicht so richtig nachzuvollziehen.

Ich habe in meinen Forderungen deutlich gemacht, wofür ich und Die Linke, die neue Partei, stehen.

Vielleicht noch eine kurze Anmerkung.

Vizepräsident Oliver Keymis: Ihre Redezeit ist zu Ende, Herr Kollege Sagel.

Rüdiger Sagel¹⁾ (fraktionslos): Ich mache noch eine Anmerkung zur CDU. Herr Rüttgers beruft sich ja immer auf Herrn Arnold. Herr Arnold war damals dabei, als das Ahlener Programm formuliert wurde. In diesem Programm steht:

„Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden.“

Weiter heißt es dort:

„Durch eine gemeinwirtschaftliche Ordnung soll das deutsche Volk eine Wirtschafts- und Sozialverfassung erhalten, ...“

Ich erinnere Sie daran und ich erinnere Sie an die Landesverfassung. Setzen Sie endlich das um, was Sie selber einmal geschrieben haben, und das, wofür die Landesverfassung steht. – Danke schön.

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Sagel. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen, sodass ich die Aktuelle Stunde schließen kann.

Ich rufe auf:

2 Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz – KiBiz) – Viertes Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes – SGB VIII

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4410

Änderungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/5269

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/5279

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Generationen,
Familie und Integration
Drucksache 14/5229

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/5264

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/5266

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/5272

zweite Lesung

Ich weise darauf hin, dass die **Änderungsanträge Drucksachen 14/5267 und 14/5268** von den antragstellenden Fraktionen **zurückgezogen** wurden.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die Fraktion der CDU der Frau Abgeordneten Doppmeier das Wort.

Ursula Doppmeier (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir diskutieren heute das Kinderbildungsgesetz, kurz KiBiz genannt, in zweiter Lesung. Lassen Sie uns einmal darüber nachdenken, was sich zwischen der ersten und zweiten Lesung getan hat.

Wir hatten eine zweitägige Anhörung von Expertinnen und Experten. Viele von uns Abgeordneten haben in den heimischen Kitas hospitiert, um die Lage und die aktuelle Situation vor Ort feststellen zu können.

Über all diese Anregungen, Erfahrungen und Kritikpunkte haben wir nun in unserer Fraktion intensiv beraten. Heute legen wir Ihnen einige Änderungsanträge vor, in denen die wichtigsten Anregungen berücksichtigt worden sind.

Lassen Sie mich nur kurz auf einige Punkte eingehen:

Künftig gibt es ein Einrichtungsbudget für jede Einrichtung. Dies beinhaltet einen Korridor in Höhe von 10 %. Er ermöglicht es zum Beispiel auch, die Finanzierung für eine Gruppe mit 20 Kindern, aus der zwei Kinder abgemeldet werden, auf einer 20er Basis zu erhalten. Somit schaffen wir finanzielle Planungssicherheit für die Träger.

Eine 20er Gruppe ist außerdem nicht nur eine Finanzgröße. Sie dient auch als Richtschnur für die zu bildenden Gruppengrößen.

Auf Wunsch vieler Eltern werden wir zur Stärkung der Elternmitwirkung im KiBiz wieder drei Elternmitwirkungsorgane festschreiben, nämlich die Elternversammlung, den Elternbeirat und den Rat der Kindertageseinrichtungen.

Zur Betonung des Erziehungsgedankens heben wir Art. 7 der Landesverfassung ausdrücklich hervor.

Wir stärken außerdem die Tagespflege durch die Aufnahme in die gesetzliche Förderung. Somit stabilisieren wir zum allerersten Mal Qualifizierung und soziale Absicherung der Tagesväter und Tagesmütter.

Außerdem bekräftigen wir in unserem Änderungsantrag ausdrücklich den Anspruch jedes Kindes – und zwar auch des Kindes aus sozialschwachen Familien, also von Hartz IV-Empfängern – auf 45 Wochenstunden Betreuungszeit.

Sie sehen, das Wohl des Kindes steht bei uns an erster Stelle.

(Beifall von der CDU)

In unserem Entschließungsantrag garantieren wir außerdem allen Eltern, die dies wünschen, schon im Kindergartenjahr 2010/2011 einen Betreuungsplatz für ihr zweijähriges Kind.

Meine Damen und Herren von der Opposition, Sie sehen: Dies geht weit über das hinaus, was Sie jemals im Fokus hatten.

(Beifall von der CDU)

Sie waren es nämlich, die uns eine lausige Betreuungssituation hinterlassen haben, Frau Altenkamp. Im Jahr 2005 gab es nur für 2,8% der Kinder unter drei Jahren Betreuungsplätze. Jetzt haben wir die Zahl schon auf 16.000 erhöht. Im nächsten Jahr werden wir die Zahl auf 34.000 und im Jahr 2009 auf über 70.000 Plätze erhöhen.

Fakt ist: Wäre es wie beim GTK geblieben, stünden heute noch Eltern am Ende der Bezugsdauer des Elterngeldes mit ihrem einjährigen Kind vor der unlösbaren Frage, wie sie eine qualifizierte Betreuung für ihren Nachwuchs bekommen. Das wird es mit unserem Gesetz in Zukunft nicht mehr geben. Wir machen ein Gesetz für Eltern und Kinder.

(Beifall von der CDU)

Nach dem neuen Gesetz können Eltern nämlich wählen, ob sie 25, 35 oder 45 Wochenstunden Betreuungszeit für ihr Kind buchen möchten. Gerade diese flexible Wahlmöglichkeit bei der Betreuungszeit kommt den tatsächlichen Bedürfnissen von Eltern entgegen. Es gibt auch heute noch zahlreiche Familien, die ihr Kind gern wieder zum Mittagessen zu Hause haben. Diese Eltern bestrafen wir nicht mit den Kosten für einen Ganztagsplatz. Sie entscheiden selbst, wie lange ihr Kind in der Einrichtung bleibt.

(Beifall von CDU und FDP – Britta Altenkamp [SPD]: Applaus! Applaus!)

Unsere Kernidee bleibt: Wir fördern keine Gruppen mehr, sondern wir fördern jedes einzelne Kind.

Wer mehr Förderung benötigt, erhält sie nach dem neuen KiBiz auch. Darum haben wir die Sprachförderung gesetzlich festgeschrieben und dies auch finanziell im Gesetz verankert. Auch an dieser Stelle machen wir mit der lausigen Situation Schluss. Kinder aus sozialschwachen Familien und aus Migrantenfamilien, die die deutsche Sprache nicht beherrschen, waren doch von Anfang an benachteiligt, wenn sie in Schule und Berufsausbildung gingen.

(Beifall von der CDU – Britta Altenkamp [SPD]: Schauen Sie sich einmal die Antwort auf die Kleine Anfrage von Herrn Töns an!)

Was haben Sie in all den Jahren eigentlich daran geändert? Wir testen jetzt jedes Kind ab dem vierten Lebensjahr auf sprachliche Defizite. Dann erhält es die notwendige Förderung.

(Britta Altenkamp [SPD]: Die notwendige? Ich lach mich gleich kaputt!)

– Ganz genau, die notwendige Förderung. Bei Ihnen gab es dafür kein Extrageld.

Aber nicht nur die Kinder werden früher und individuell gefördert. Auch Eltern stehen bei uns durch die Weiterentwicklung der Kitas und den Aufbau von Familienzentren endlich einmal im Fokus. Hierdurch schaffen wir unterschiedliche Möglichkeiten, um Eltern bei ihren Erziehungsaufgaben zu stützen und ihre Erziehungskompetenz zu erweitern.

(Britta Altenkamp [SPD]: Mit 1.000 € im Monat!)

Das KiBiz stellt eine grundlegende Reform der Kindesbildung dar. Lassen Sie mich aus den „Ruhr-Nachrichten“ vom 18. Oktober 2007 zitieren. Darin lesen wir: Das ist die mit Abstand umfassendste Reform der frühkindlichen Betreuung und Bildung in der Landesgeschichte.

„Zwar kann die Gesellschaft eine funktionierende Familie niemals ersetzen und für versagende Mütter und Väter nahtlos in die Bresche springen. Doch kann Politik sehr wohl Rahmenbedingungen und Voraussetzungen schaffen, gefährdete Kinder durch intelligente Frühwarnsysteme zu identifizieren und aufzufangen.“

(Zuruf)

„KiBiz wird nicht alle Probleme lösen können, bringt uns aber einen großen Schritt weiter.“

So stand es in den „Ruhr-Nachrichten“ vom 18. Oktober 2007.

Meine Damen und Herren, im Jahr 2009 gibt es mit 1 Milliarde € mehr als je zuvor in der Landesgeschichte für diesen gesamten Bereich. An die Opposition gerichtet möchte ich sagen: Trotz aller Unkenrufe und Proteste werden wir uns nicht davon abbringen lassen, Nordrhein-Westfalen zum familienfreundlichsten Land in Deutschland zu entwickeln.

(Beifall von CDU und FDP – Britta Altenkamp [SPD]: Dass Sie sich nicht abbringen lassen, ist in der Tat richtig!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Doppmeier. – Für die SPD-Fraktion hat jetzt Herr Abgeordneter Jörg das Wort.

Wolfgang Jörg (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kinder brauchen eine stabile Umgebung, stabile Rahmenbedingungen in der Erziehung und Betreuung und verlässliche Partner während ihrer Entwicklung zum erwachsenen Menschen.

Leider haben es die Kinder in Nordrhein-Westfalen von Anfang an etwas schwerer als anderswo in Deutschland; denn hier heißt der Ministerpräsident Jürgen Rüttgers.

(Zuruf von Manfred Kuhmichel [CDU])

Und der ist bekanntlich weder stabil noch verlässlich.

Was hat uns Jürgen Rüttgers nicht alles versprochen? Es würde den Rahmen des Plenartages sprengen, wenn ich die Rubrik „versprochen – gebrochen“ hier allumfassend nennen würde.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Aber, meine Damen und Herren, bei den Kindern und Familien tut es besonders weh, wenn ein Ministerpräsident nicht das einhält, was er verspricht. Er wollte Nordrhein-Westfalen zum familienfreundlichsten Land machen. Er wollte die Eltern entlasten, die Qualität der Erziehung, Bildung und Betreuung bei den Kleinsten verbessern. Er hat vor der Wahl alles allen versprochen. Und nun, wo er die Möglichkeiten hat: Was passiert heute? Das genaue Gegenteil!

(Zustimmung von der SPD – Manfred Kuhmichel [CDU]: So ein Quatsch!)

Eltern werden durchweg mehr belastet, die Qualität von Bildung, Erziehung und Betreuung droht gravierend zu sinken. Die Kindereinrichtungen werden Marktmechanismen ausgesetzt. Die Erzieherinnen und Erzieher werden zusätzlich enorm belastet. Der Stimmungsgrad, meine sehr verehrten Damen und Herren, in unseren Kindereinrichtungen ist weit im Minusbereich.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das ist eine Katastrophe, weil Jürgen Rüttgers den Kindern eine bessere Bildung und Erziehung in unseren Einrichtungen nimmt. Herr Rüttgers ist für dieses Kinderverwah- und Spargesetz letztendlich verantwortlich. Das wollte ich zu Beginn meiner Ausführungen deutlich hervorheben. Er hat die Verantwortung, meine Damen und Herren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Die peinliche Krönung seiner Arbeit ist aus meiner Sicht, dass Jürgen Rüttgers im kinder- und familienpolitischen Bereich derart inkompetent ist, dass er selbst die spontanen Fragen von kleinen Kindern fürchtet

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

und seine Mitarbeiter vorformulierte Fragen von Kindern auf Veranstaltungen vortragen lassen, zu einem Preis, wie man hört, von 100 €. Herr Ministerpräsident, Ihr Niveau ist unterirdisch.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Minister Armin Laschet: Ihre Rede ist unterirdisch!)

Mit diesem Verwah- und Spargesetz bekommt Nordrhein-Westfalen das wohl europaweit schlechteste Kindergartengesetz. Denn überall in Europa versuchen die Regierungen die Rahmenbedingungen zu Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern zu verbessern. Diese Regierungen haben erkannt, dass vernünftige Rahmenbedingungen in den Kindereinrichtungen unmittelbar mit einer später guten und von uns allen gewünschten Bildungsbiografie zusammenhängen.

Nur in Nordrhein-Westfalen wird das genaue Gegenteil organisiert. Hier ist die schwarz-gelbe Landesregierung in einem ideologischen Nebel gefangen, der ihr die klare Sicht auf die Vergleichswerte der unterschiedlichsten Untersuchungen in Europa nimmt.

PISA ist nur eine von vielen Studien, die zeigt: Wir brauchen ernsthafte Reformen im Bildungsbereich, und zwar von Anfang an. Und diese Landesregierung ist leider nicht in der Lage, das Nötigste hierbei zu tun – weder bei den Kindereinrichtungen noch in den Schulen.

Wir werden mit diesem Gesetz europaweit von einer modernen, kindgerechten Politik abgehängt. Aber wie bereits gesagt, der ideologische Nebel hat von vornherein dazu geführt, dass es bei der Regierung keinen Zugang zu den Erkenntnislagen im Elementarbereich gibt.

Von Anfang an blockte der Minister ab. Im gesamten Verfahren sprach er nicht mit den Erzieherinnen und Erziehern, er sprach nicht mit den Eltern, er sprach auch nicht mit den Professoren oder ebenso nicht mit den Experten, die im breiten Feld der frühkindlichen Pädagogik unterwegs sind.

Er sprach ausnahmslos mit den Vertretern der Spitzenverbände und den Vertretern der Kommunen und Gemeinden.

(Minister Armin Laschet: Was haben Sie gegen die Spitzenverbände?)

Denn Ihnen, sehr geehrter Herr Minister, ging es ausschließlich ums Geld. Wenn das nicht so wäre, Herr Laschet, dann wären sie anders vorgegangen. Das liegt auf der Hand; denn dann hätten Sie sich erst einmal angehört, was nötig und richtig ist. Aber das war nicht Ihr Anliegen.

Sie wollten sich als Minister profilieren, der mal eben eine hochkomplexe und für die Entwicklung unserer Gesellschaft sehr zentrale Gesetzgebung domptiert und dabei die Ansprüche von Eltern und Erzieherinnen in Schach hält. Sie wollten es allen zeigen.

Ich habe selten gesehen, sehr geehrter Herr Minister, dass jemand mit so hohen eigenen Ansprüchen die Ausgangslage derart verrudert. Das war schon ein Meisterstück.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Fachlich sind Sie im ideologischen Nebel isoliert, und Sie haben sämtliches Vertrauen verspielt: bei allen Verbänden, bei allen Eltern und bei den Mitarbeitern in den Einrichtungen. Sie stehen blank und allein da.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Selbst die Kollegen aus Ihrer Fraktion und Ihrer Partei üben heftigste Kritik. Wir können das heute in den Medien genau verfolgen.

Die Geschichte dieser Gesetzgebung, Herr Minister, ist die Geschichte Ihres Versagens.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Erst durch die massivsten Proteste von Eltern und den Mitarbeitern in den Einrichtungen haben Sie sich überhaupt zu den kleinsten Zugeständnissen hinreißen lassen. Ohne diese Proteste hätten Sie

sich keinen Millimeter bewegt. Diese Zugeständnisse sind nicht aus freiwilligem Antrieb gekommen, sondern sie wurden ihnen durch die Massenproteste aufoktroiert. Deshalb möchte ich mich herzlich bei allen bedanken, die mit sehr viel ehrenamtlichem Engagement, das wir doch alle fördern wollen, Herr Minister, diesen Widerstand organisiert haben.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ohne sie und ihren Protest wäre es noch schlimmer gekommen. Ich rufe ihnen zu, wo immer sie gerade sind: Machen Sie weiter! Organisieren Sie sich vor Ort, und beraten Sie gemeinsam mit Ihren Kolleginnen und Kollegen die Verwerfungen, die mit diesem Verwehr- und Spargesetz auf uns zukommen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich habe mir vorgenommen, den von Ihnen, Herr Laschet, gewählten Namen dieses Gesetzes nicht mehr zu nennen. Denn schon die Namensgebung führt die Eltern und die Bevölkerung insgesamt an der Nase herum. In diesem Verwehr- und Spargesetz ist kein einziger substanzieller Satz zum Thema Bildung.

(Zuruf von der CDU: Hoppla!)

Die wenigen Wischiwaschi-Formulierungen sind wohl zur Besänftigung der Kolleginnen und Kollegen – da meldet sich gerade einer – der Regierungskoalition gedacht, um deren Kopf herum sich der bereits erwähnte ideologische Nebel wenigstens hin und wieder mal lichtet.

Fazit: Erstens. Jürgen Rüttger hat wie immer viel versprochen und nichts gehalten.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Kinder liegen ihm nicht am Herzen; sonst hätte er dieses Gesetz verhindert.

Zweitens. Die Rahmenbedingungen in den Einrichtungen werden für die Mitarbeiter, aber vor allem für unsere Kinder gravierend schlechter.

Drittens. Alle Ansprüche an eine moderne und kindgerechte Bildung, Erziehung und Beratung werden bei Weitem nicht erfüllt.

Sehr verehrte Damen und Herren, mein letzter Satz soll ein Zitat einer Erzieherin sein, sehr geehrter Herr Minister: Dieses Gesetz wirft uns 30 Jahre zurück. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Jörg. – Für die Fraktion der FDP hat jetzt der Herr Abgeordnete Lindner das Wort.

(Sören Link [SPD]: Dürfen Betroffene auch reden?)

Christian Lindner (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Dieses Kinderbildungsgesetz ist überfällig.

(Lachen von der SPD – Zuruf von Rüdiger Sagel [fraktionslos])

Es ist erstens überfällig, weil die Bedeutung der frühen Kindheit für das lebenslange Lernen gestiegen ist, weil wir eine bessere Zusammenarbeit zwischen dem Elementarbereich und der Grundschule brauchen, weil wir angesichts von 38 % Zuwandererkindern in jedem Jahrgang mehr Sprachförderung brauchen, weil wir Kindertageseinrichtungen stärker für die Bedürfnisse der Eltern öffnen müssen – Stichwort: Familienzentren.

Dieses Kinderbildungsgesetz ist zweitens überfällig, weil Nordrhein-Westfalen mit einer Bedarfsdeckungsquote von 2,8 % bei den unter Dreijährigen nicht länger das Schlusslicht in Deutschland bleiben durfte.

(Beifall von FDP und CDU)

Drittens ist dieses Kinderbildungsgesetz auch deshalb überfällig, weil wir zur Kenntnis nehmen müssen, dass das Finanzierungssystem dazu geführt hat, dass sich die Kirchen flächendeckend aus dem System zurückgezogen haben und wir als Landesgesetzgeber unseren Haushalt aufgrund der Bugwellen nicht mehr seriös planen konnten.

Diese drei Probleme und Herausforderungen sind seit Jahren bekannt; ich sage sogar: Sie sind seit über einem Jahrzehnt bekannt. Aber die zuständigen Fachminister – ob sie Müntefering, Horstmann, Fischer oder Schäfer hießen – haben sich diesen Problemen nicht angenommen.

(Beifall von FDP und CDU)

Sie haben das Problem nicht gelöst. In Wahrheit haben sie nichts getan. Die Sozialdemokraten stellen sich jetzt hin und kritisieren dieses Gesetz.

(Zuruf von Frank Sichau [SPD])

Als Sie in der Verantwortung waren, waren Sie zu feige und ideenlos, dieses Thema anzugehen.

(Beifall von FDP und CDU – Widerspruch von der SPD)

Sie haben nichts getan. Sie haben sich an Kabinettsbeschlüssen aufgehoben, aber wenn es um tatsächliches Regierungshandeln ging, sind Sie tatenlos geblieben. Jetzt reiben Sie sich an Armin Laschet – übrigens auch mancher aus der dritten Reihe aus dem kommunalpolitischen Umfeld; das tut sogar mancher aus der Union.

(Lebhafte Zurufe von der SPD – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Sie waren ja immer treu an seiner Seite! – Anhaltende Unruhe – Glocke)

– Beruhigen Sie sich doch! Herr Präsident, habe ich noch das Wort?

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Lindner, Sie haben selbstverständlich das Wort. Aber manches trägt ja auch zur Lebendigkeit des Parlaments bei. Ich nehme an, das ist auch die Absicht Ihrer Rede.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Christian Lindner (FDP): Gelegentlich können Sie mir diese Motive zu Recht unterstellen.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [fraktionslos])

Mancher reibt sich jetzt an Armin Laschet. Das sind aber überwiegend diejenigen, die keine Ahnung vom Thema haben, die die Szene überhaupt nicht kennen und die glauben, man könne mal eben so par ordre de Mufti von Düsseldorf aus verordnen, wie ein solches Kinderbildungsgesetz formuliert werden soll.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [fraktionslos])

Wer Politik für Kindertageseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen macht, muss aber berücksichtigen, dass unsere Kindergartenlandschaft mit 9.500 Einrichtungen in 396 Kommunen

(Zurufe von der SPD)

sehr differenziert ist. Nichts ist miteinander vergleichbar. Jede Regelung auf Landesebene wirkt sich örtlich unterschiedlich aus.

(Zuruf von Norbert Killewald [SPD])

Im Übrigen haben nicht einmal die Träger, die Kommunen gleiche Interessen – ob es eine kreisangehörige oder eine kreisfreie Stadt ist, ob es eine Elterninitiative ist, eine Einrichtung der AWO oder der Kirche. Hierfür ein Gesetz im Konsens mit den Trägern in einem beispiellos offenen und transparenten Verfahren zu gestalten, ist ein Verdienst von Armin Laschet und dieser Koalition. Wir danken dem Fachminister für sein Engagement. Damit kein falscher Eindruck entsteht!

(Beifall von FDP und CDU – Widerspruch von SPD und GRÜNEN)

Wir haben allerdings – auch als FDP – prüfende Fragen an den Konsens gestellt. Das gehört zu einem offenen Klima in einer Koalition.

(Britta Altenkamp [SPD]: Wer hat die Prüfung bestanden?)

Die FDP hat zum Beispiel nach der Anhörung gefragt, ob wir mehr Planungssicherheit für die Träger und verbindlichere pädagogische Standards brauchen. Gemeinsam mit unserem Koalitionspartner, der Union, haben wir eine Antwort auf diese Frage erarbeitet:

(Britta Altenkamp [SPD]: Sie haben gearbeitet? Das ist doch lächerlich!)

Wir machen uns das Einrichtungsbudget, das von der Landesarbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der freien und öffentlichen Wohlfahrtspflege vorgeschlagen worden ist, zu Eigen, damit wir Planungssicherheit haben.

(Britta Altenkamp [SPD]: Da haben Sie aber richtig viel gearbeitet, Herr Lindner!)

Wir machen die pädagogischen Standards verbindlicher, indem wir die Gruppenparameter, die bislang nur rechnerisch verstanden worden sind, jetzt auch als Orientierung für die tatsächliche Gruppenarbeit vorgeben.

Die FDP hat eine zweite Prüffrage gestellt: Wie sieht die Gegenleistung der kirchlichen Träger für die Entlastung um etwa 105 Millionen € aus?

(Britta Altenkamp [SPD]: Sie erwarten Dankbarkeit! Das ist Ihr Fehler!)

Darauf haben wir geantwortet: Wir gehen davon aus, dass die Kirchen alles unternehmen werden, um weitere Gruppenschließungen zu verhindern und um sich aktiv am Ausbau der Unter-Dreijährigen-Betreuung zu beteiligen. Das verbinden wir mit einer vereinfachten Verwendungsnachweisführung, damit sichergestellt ist, dass die zusätzlichen Landesmittel im System der Kindertageseinrichtungen verbleiben und nicht in den Kassen der Generalvikare landen.

Drittens haben wir gefragt, ob wir mit den zusätzlichen Bundesmitteln einen verstärkten und beschleunigten Ausbau der Betreuungsplätze für die unter Dreijährigen stemmen können. Nach anfänglichem Zögern der Union haben wir vereinbart, dass wir den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz nunmehr ab dem Kindergartenjahr 2010/2011 vom dritten auf den zweiten Geburtstag vorziehen.

(Beifall von FDP und CDU)

Das ist ein familienpolitischer Quantensprung. Wir sind das zweite Bundesland im Westen, das einen solchen Rechtsanspruch verwirklicht. Das ist sonst nur in Rheinland-Pfalz der Fall. Nordrhein-Westfalen ist dabei, von seiner Schlusslichtposition bei der frühkindlichen Bildung und Betreuung aus eine Aufholjagd zu starten. Wenn wir das Gesetz verabschiedet haben werden, haben wir das modernste Schulgesetz und das freiheitlichste Hochschulgesetz, ergänzt um die kinder- und familienfreundlichste Rechtsgrundlage in Elementarbereich.

(Beifall von FDP und CDU – Frank Sichau [SPD]: Des 19. Jahrhunderts!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege Lindner, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Gödecke?

Christian Lindner (FDP): Nein, das tue ich nicht. Ich bin am Ende meiner Argumentation und will Ihnen ...

(Norbert Killewald [SPD]: Ich glaube auch, dass Sie am Ende sind! – Weitere Zurufe von der SPD)

Ich sage Ihnen noch etwas: Sie haben durch Desinformation und durch ideologischen Nebel, der aber von Sozialdemokraten kam, Wolfgang Jörg, vielfach versucht,

(Widerspruch von der SPD)

Ängste zu schüren, Träger zu verunsichern und Eltern auf die Palme zu bringen.

(Beifall von FDP und CDU)

Wir werden jetzt im Land die tatsächlichen gesetzlichen Bestimmungen vorstellen.

(Britta Alenkamp [SPD]: Das wird schön!)

Die werden in den Räten und Kitas diskutiert werden.

(Britta Alenkamp [SPD]: Da bin ich gerne mit dabei!)

Dann wird deutlich werden, dass sich all das, was von der Opposition an Befürchtungen und Kritik vorgetragen worden ist, in ideologischen sozialdemokratischen Nebel auflösen wird. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU – Britta Alenkamp [SPD]: Ihr seid zu spät aufgestanden! Das ist euer Problem!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Lindner. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun Frau Kollegin Asch das Wort.

Andrea Asch (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kaum ein Gesetz wurde in der Geschichte dieses Landes so lange beraten wie dieses sogenannte KiBiz. Und die Geschichte dieses Gesetzes ist eine Geschichte der hohlen Versprechungen – wir haben eben wieder welche gehört –, der Täuschungen und letztendlich des Scheiterns. Es ist eine Geschichte des miserablen Handwerks,

(Beifall von den GRÜNEN)

der hilflosen Rettungsversuche und der laienhaften Verhandlungsführung.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

In mehr als anderthalb Jahren ist die Debatte um dieses Gesetz geführt worden, und damit, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, sind mehr als anderthalb Jahre verschwendet worden, in denen die Träger wertvolle Zeit verloren haben, um die Kindergärten weiterzuentwickeln und auszubauen.

Das, was Sie schlussendlich abgeliefert haben, ist ein Dilettantenstück. Nach der desaströsen Anhörung hier im Landtag, nach den massiven Protesten im ganzen Land hätten Sie die Reißleine ziehen und einen Neustart wagen müssen. Dazu fehlte Ihnen aber der Mut. Diese Größe haben Sie nicht gehabt, meine Damen und Herren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Stattdessen murksen Sie jetzt auf dieser untauglichen Grundlage herum und versuchen, die größten Löcher in diesem Flickenteppich noch irgendwie zu stopfen. Da müssen die Fraktionen einspringen, da muss die Staatskanzlei einspringen, um Schadensbegrenzung an diesem Murks vorzunehmen, den Herr Laschet hier abgeliefert und der Öffentlichkeit präsentiert hat.

Die Vorschläge, die Sie mit Ihren Änderungsanträgen gemacht haben, zeigen, dass der Großteil der Kritik, die wir, die Opposition, sowie alle, die etwas von der Sache verstehen, nämlich die Eltern, die Erzieherinnen und diejenigen, die mit Kindern arbeiten – nicht zu vergessen sind die Kommunen –, immer wieder vorgebracht haben, richtig war und Sie ihnen in einigen, wenn auch wenigen Punkten jetzt entgegengekommen sind.

Wir begrüßen an den Änderungsvorschlägen, dass Sie den Trägern nun ein Stück mehr Planungssicherheit geben und dass die Träger den

Standardabbau insgesamt etwas abfedern können. Wir kritisieren allerdings scharf, dass sich dieser Standardabbau bei den Kindern unter drei Jahren immer noch am heftigsten auswirkt. Hier hatte Ihnen die freie Wohlfahrtspflege mit dem 20%-Korridor den Ball auf den Elfmeterpunkt gelegt, aber Sie haben nicht einmal dagegen getreten, meine Damen und Herren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das bedeutet ganz klar, dass es vor allen Dingen bei den Kleinsten – bei den Babys und den Kleinkindern unter drei Jahren – praktisch eine Halbierung der Standards geben wird. Denn Sie verwenden das Geld nicht für Qualität, sondern stecken es in die Quantität. Das ist die Wahrheit Ihrer Änderungsvorschläge.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Ralf Witzel [FDP]: Unsinn ist das!)

– Herr Witzel, da Sie sich gerade melden: Wir können feststellen, dass die FDP mir ihren Änderungsvorschlägen auf der ganze Linie gescheitert ist. Sie haben eine glatte Bauchlandung erlebt.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Was haben Sie vorgeschlagen? – Sie haben vorgeschlagen, die Kirchen sollten eine Verpflichtungserklärung abgeben, damit sich diese Senkung des Trägerkostenanteils auch lohne. Mitnichten gibt es diese Verpflichtung.

(Christian Lindner [FDP]: Wo steht das?)

– Herr Lindner, Sie selber – ich kann Ihnen Ihre Pressemitteilungen dazu zeigen – haben es an verschiedenen Stellen gefordert.

(Christian Lindner [FDP]: Machen Sie das!)

– Seien Sie nicht so vorlaut. Wenn Sie eine Zwischenfrage stellen wollen, dann können Sie sie mir gerne stellen.

(Christian Lindner [FDP]: Nein!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Apropos Zwischenfrage, Frau Kollegin: Der Kollege Becker hat eine Zwischenfrage. Möchten Sie die zulassen?

Andrea Asch (GRÜNE): Ja, gerne.

(Dietmar Brockes [FDP]: Er hat Sie nicht verstanden!)

Horst Becker (GRÜNE): Frau Kollegin Asch, vor dem Hintergrund der Ausführungen des FDP-Redners Lindner frage ich Sie: Erinnern Sie sich auch noch an eine dieser kritischen Äußerungen

von Herrn Lindner im „Kölner Stadt-Anzeiger“, und würden Sie mir in diesem Zusammenhang zustimmen, wenn ich sage, dass er offensichtlich sich mit den Kritikern aus der dritten Reihe gemeint hat?

(Beifall und Heiterkeit von GRÜNEN und SPD)

Andrea Asch (GRÜNE): Lieber Kollege Becker, ich stimme Ihnen in all Ihren Interpretationen vollkommen zu. Wir alle konnten die Kritik, die die FDP in Gestalt von Herrn Lindner vorgetragen hat, lesen, und wir haben natürlich auch wahrgenommen, dass er genau die Forderungen gestellt hat, die sich nun mitnichten in den Änderungsvorschlägen der Koalition wiederfinden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich komme zu einem zweiten Punkt. Das ist ein Punkt, mit dem Sie der Öffentlichkeit einmal wieder – das kennen wir aus dem gesamten Prozess – Sand in die Augen streuen.

(Ralf Witzel [FDP]: Nur Sie machen das!)

Wir bekommen angeblich – so haben Sie es in der Pressekonferenz letzte Woche verkündet – für die Kinder unter zwei Jahren einen Rechtsanspruch im Gesetz.

(Ralf Witzel [FDP]: So ist das!)

Sie wissen genau, dass dieser Rechtsanspruch nicht Gegenstand Ihrer Anträge, sondern eine reine Absichtserklärung ist. Damit täuschen Sie die Öffentlichkeit ein weiteres Mal.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wenn Sie diesen Rechtsanspruch wollen, dann haben Sie die Gelegenheit, jetzt gleich dem Änderungsantrag von Grünen und SPD zuzustimmen. Dann können Sie uns in unserer Forderung zustimmen, die gesetzlichen Regelungen von Rheinland-Pfalz – diese wurden übrigens auch mit den Stimmen der FDP verabschiedet – zu übernehmen.

(Christian Lindner [FDP]: Das geht nicht! – Gegenruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Natürlich geht das! – Gegenruf von Christian Lindner [FDP]: Konnexität! – Gegenruf von Britta Altenkamp [SPD]: Das ist doch Quatsch, Herr Lindner!)

Dann können Sie das ins Gesetz aufnehmen. Alles Weitere bleibt reine Absichtserklärung, wie wir es bisher auch von Ihnen kennen.

Was bleibt, ist: Bei allen Punkten, die Sie selbst als Ziele formuliert haben und mit dem Gesetz erreichen wollten, sind Sie gescheitert.

Erstens. Angeblich wird die Qualität in den Einrichtungen verbessert. – Fehlanzeige! Die Kopfpauschale bringt die Senkung der Standards. Die kleine altersgemischte Gruppe fällt weg.

Zweitens. Es gibt angeblich mehr flexible Öffnungszeiten für die Eltern. Fakt ist: Wir haben eine Kontingentierung der Öffnungszeiten der Ganztagsplätze auf 25 %.

(Minister Armin Laschet: Sie wissen doch, dass es nicht stimmt!)

Vor dem Hintergrund, dass wir bereits jetzt landesweit, Herr Laschet,

(Minister Armin Laschet: Sie weiß, dass es nicht stimmt!)

einen Durchschnitt von 28 % in der Ganztagsbetreuung haben, bedeutet dies eine Verschlechterung und keineswegs eine Verbesserung für die Eltern.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Drittens. Die Arbeitsbedingungen in den Einrichtungen sollen verbessert werden; das steht auch in Ihrem Koalitionsvertrag. Genau das Gegenteil ist passiert. Es gibt weniger Zeit für Vor- und Nachbereitung, für die Konzepterstellung und für Elterngespräche, es gibt weniger Freistellungen für die Erzieherinnen für die Leitungsaufgaben und mehr Arbeit durch den Aufbau von Familienzentren, das heißt, die Erzieherinnen und Erzieher haben weniger Zeit, die sie mit den Kindern verbringen und für die Förderung der Kinder aufwenden können.

Wir stellen immer wieder fest, mit welcher Geringschätzung Sie, Herr Laschet, und auch andere Teile dieser Landesregierung – Herr Palmen tut sich da besonders hervor – der Arbeit der Erzieherinnen gegenüberstehen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wenn Herr Palmen in einer E-Mail Erzieherinnen, die sich um die Qualität ihrer Arbeit sorgen, die sich Sorgen um die Kinder machen, fragt, was diese seit 1971 anderes getan hätten, außer die Hand aufzuhalten, und ob sie ein Gesetz für die Kinder oder für ihren Job und für die Kindergärtnerinnen wollten, dann ist das eine bodenlose Entgleisung.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Auch Herr Laschet hat immer wieder gesagt, er mache kein Gesetz für die Erzieherinnen, sondern eines für die Kinder. Wer soll denn die Qualität für die Kinder herstellen? Herr Laschet, jedes Krankenhaus werden Sie in der Qualität daran messen, wie gut die Krankenschwestern und die Ärzte ausgebildet sind. Sie werden jedes Krankenhaus daran messen, wie viel Personal es zur Verfügung stellt.

(Minister Armin Laschet: Sie haben die Kinder nicht im Blick, Frau Asch! Das ist Ihr Problem!)

Wer denn sonst als die Erzieherinnen soll die Qualität in der pädagogischen Arbeit gewährleisten? Das ist der Trugschluss.

(Minister Armin Laschet: Nehmen Sie doch einmal die Kinder in den Blick!)

Deswegen, Herr Laschet, können Sie sich in keinem Kindergarten mehr blicken lassen, es sei denn, Sie bringen Bestechungsgelder mit, so wie Sie das bei dem Kinderfest getan haben.

(Minister Armin Laschet: Nehmen Sie doch einfach einmal die Kinder in den Blick!)

Es sind Luftballons. Sie können zwar Inszenierungen umsetzen, aber wenn es um das Handwerkliche geht, darum, die Qualität für die Kindertagesstätten zu verbessern, versagen Sie.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das Fazit lautet: Von dem großen Wurf, den Sie angekündigt haben, ist nichts übrig geblieben. Sie haben nur Billigware produziert. Das Fazit ist, dass Sie in einer entscheidenden Zukunftsfrage für unser Land versagt haben, weil Sie dabei versagen, für den Bildungsbeginn der Kinder ein stabiles Fundament zu bauen. – Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Asch. – Für die Landesregierung hat jetzt Herr Minister Laschet das Wort.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am 22. Mai hat das Landeskabinett den Entwurf für das Kinderbildungsgesetz beschlossen. Der Landtag hat darüber in erster Lesung am 13. Juni beraten. Ende August hat eine zweitägige Anhörung vieler Experten stattgefunden. Letzte Woche haben die Fachausschüsse über das Gesetz beraten. Wäh-

rend unserer beiden Plenartage steht nun die Verabschiedung des Gesetzes an.

Das wirkt wie ein kurzer Zeitplan, aber Frau Kollegin Asch hat gerade schon einmal deutlich gemacht, dass sie das subjektive Gefühl hat, es wäre viel zu lange beraten worden und es seien anderthalb Jahre verschenkt worden, wie sie das formuliert hat. So kann nur ein Politiktechnokrat sprechen.

(Beifall von CDU und FDP)

So, wie sie hier gesprochen hat, steht dahinter eine Apparatschikmentalität.

(Lebhafte Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Wenn man sich Zeit nimmt, um mit den Trägern zu sprechen, dann sage ich Ihnen dazu – das unterscheidet mich von dieser Apparatschikrhetorik von Frau Asch –, dass ich noch ein Jahr weitergeredet hätte, wenn es auf diese Weise zu einem guten Gesetz kommen würde.

(Beifall von CDU und FDP – Unruhe – Wolfgang Jörg [SPD]: Dann hätten Sie noch zehn Jahre reden müssen!)

– Die Träger haben jetzt gesagt, wir seien beisammen. Deshalb war es nicht nötig, weiter miteinander zu reden.

Ich weiß, dass es die Opposition ärgert, dass die sechs Wohlfahrtsverbände, die beiden Kirchen und die drei kommunalen Spitzenverbände

(Wolfgang Jörg [SPD]: Lesen Sie einmal die Zeitung! Das Gegenteil ist der Fall!)

in der Frage des Personals, der Fachkräftestruktur und der Systematik des Gesetzes ganz eng bei der Landesregierung sind. Das ärgert Sie. Das verstehe ich. Wenn ich Opposition wäre und sonst keine Themen hätte, würde mich das auch ärgern.

(Andrea Asch [GRÜNE] lässt einen Luftballon mit der Aufschrift „Heiße Luft“ aufsteigen. – Unruhe)

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Kollegin Asch, ich bin gespannt, wie Sie den da wieder herunterholen.

(Heiterkeit)

Diese Aktion bleibt dann allerdings nach der Sitzung zu tun.

Herr Minister, Sie haben das Wort und fahren bitte mit Ihrer Rede fort.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Auf dem Ballon steht „Heiße Luft“. Das sage ich für diejenigen, die das nicht gesehen haben. Sie hat hier noch einmal kurz gezeigt, was sie eben vorgetragen hat.

(Beifall und Heiterkeit von CDU und FDP)

Es werden andere sein, die den Ballon herunterholen, wenn Abgeordnete solche Spektakel machen. Darüber macht sich Frau Asch auch keine Gedanken. Sie macht in diesem Landtag Showpolitik.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie macht reine Showpolitik. Deutlicher kann man eigentlich nicht zeigen, dass einem die Argumente ausgehen, wenn man sich in die Mitte des Landtags stellt und einen Ballon steigen lässt, auf dem „Heiße Luft“ steht. Das ist das, was Frau Asch hier vorzutragen hat.

Ich komme noch einmal zu der Zeit, die wir in dieses Gesetz investiert haben. Ich wiederhole noch einmal: Ich bereue keine Minute dieser Gespräche, selbst wenn es mühsam war. Ich weiß, dass viele diesen Prozess stören wollten, weil sie so etwas schlicht nicht kennen, im Konsens etwas zu erarbeiten.

(Wolfgang Jörg [SPD]: Es gibt doch gar keinen Konsens!)

Das ist nicht die Methodik, mit der Sie hier 39 Jahre gearbeitet haben. Aber ich sage Ihnen, Herr Jörg:

(Zuruf von der SPD: Jetzt aber zum Thema!)

Auch wenn es Störversuche gegeben hat, auch wenn jedes Blatt, über das verhandelt worden ist, gleich im Internet kommuniziert wurde und ganz bewusst Träger, Eltern und Erzieherinnen verunsichert worden sind, auch wenn das während all dieser Gespräche Ihre Absicht war, hat sich der Weg gelohnt.

Und nun haben Sie gesagt, Herr Kollege Jörg, wir verabschiedeten uns von der europaweiten Entwicklung. Weiter haben Sie ausgeführt, eine Erzieherin habe gesagt, dieses Gesetz werfe uns 30 Jahre zurück.

(Wolfgang Jörg [SPD]: Genau! So ist es!)

– Gut. Das geht davon aus, dass wir heute, im letzten Jahr oder im Jahr 2005, als wir angefangen haben, in einem blendenden Zustand waren, der sich europaweit sehen lassen konnte, sodass wir eigentlich nur noch Rückschritt erwarten konnten.

(Zurufe von der SPD)

In dieser Fiktion leben Sie. Aber die Menschen im Lande haben das anders wahrgenommen. Mütter und Väter in Nordrhein-Westfalen hatten im Vergleich zu ganz Europa und selbst im Vergleich zu allen deutschen Bundesländern die schlechtesten Betreuungsmöglichkeiten für unter Dreijährige.

(Beifall von der CDU)

Sie sagen, das werfe uns 30 Jahre zurück. Aber schlimmer als 2,8 % des Jahres 2005 kann es rechnerisch schon nicht mehr werden.

(Lachen von der SPD – Wolfgang Jörg [SPD]: Das ist doch Blödsinn!)

– Insofern werden nächstes Jahr Eltern merken, Herr Jörg, dass plötzlich 34.000 Plätze da sind. Im Kindergartenjahr 2010/2011, wenn die Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden möglichst schnell erfolgreich werden, werden Eltern in Nordrhein-Westfalen für einen Zweijährigen einen Anspruch auf einen Platz haben.

Sie können sagen, das werfe uns europaweit zurück.

(Wolfgang Jörg [SPD]: Die Qualität dieses Gesetzes wirft uns europaweit zurück, Herr Minister!)

Wir sagen: Eltern fahren mit dieser Landesregierung und mit dem KiBiz besser als in den letzten 30 Jahren.

(Beifall von CDU und FDP)

Zum zweiten: Sie haben viel über PISA geredet. PISA hat Ihnen in den Schlussjahren Ihrer Regierungszeit Jahr für Jahr vorgeführt, dass die Bildungschancen von Kindern aus sozial schwächeren Familien und aus Migrantenfamilien hier schlechter sind als anderswo.

30 Jahre zurückzufallen würde heißen: Es war eine gute Situation da. – Wir packen das jetzt an! Wir führen Sprachtests bei Vierjährigen durch und stellen mit dem KiBiz die vierfache Summe Geldes für die Förderung von Kindergärten zur Verfügung! Das ist eine bildungspolitische Revolution, der anderen Bundesländer jetzt folgen werden.

(Wolfgang Jörg [SPD]: Das schauen wir uns erst einmal an!)

Es wäre gut, wenn Sie sagen würden: Wenigstens an diesem Punkt habt ihr Recht! Sagen Sie das doch einmal!

(Beifall von CDU und FDP – Wolfgang Jörg [SPD]: Da warten wir mal ab!)

– Stellen Sie sich doch ans Rednerpult und sagen das! Warum sagen Sie das nicht, Herr Jörg? Warum sagen Sie nicht: 28 ist viermal so viel wie sieben? Vielleicht sind die Grundrechenarten bei den Sozialdemokraten verlorengegangen.

(Heiterkeit von der CDU)

Aber 28 ist viermal so viel wie sieben. Sie haben nichts anderes gemacht als das, was sich ver.di zum Ziel gesetzt hat. In der Tat habe ich mit ver.di nicht verhandelt. Wer nur emotional eskalieren will, wer auf dem Rücken der Kinder der Landesregierung Probleme bereiten will, ist für uns kein Gesprächspartner.

(Wolfgang Jörg [SPD]: Abenteuerlich! – Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Gesprächspartner sind Menschen, die sich um Kinder sorgen und die tagtäglich ihre Arbeit leisten. Insofern reden wir nicht mit Leuten, die emotional eskalieren.

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Jedenfalls verhandeln wir nicht mit ihnen. Ich habe sogar mit ver.di gesprochen, aber ver.di hat als Erstes in diesem Gespräch 15 Minuten darüber hergezogen, was für ein unangenehmer Arbeitgeber die Arbeiterwohlfahrt ist und welche Konflikte man mit ihr hat.

(Zurufe von Sylvia Löhrmann [GRÜNE] und von Rainer Schmeltzer [SPD])

Man müsste einmal publizieren, was die Vertreter von ver.di über Wohlfahrtsverbände gesagt haben. Ich stehe dann aufseiten der Wohlfahrtsverbände gegen diese Gewerkschaftsfunktionäre – auch das will ich Ihnen sagen!

(Beifall von CDU und FDP – Wolfgang Jörg [SPD]: Das ist eine allgemeine Beschimpfung der Gewerkschaften! – Zuruf von Rüdiger Sagel [fraktionslos] – Weitere Zurufe)

Dann haben Sie noch ein drittes Wort eingeführt, Herr Jörg. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen,

(Zuruf von der SPD: Ja!)

weil es die ganze Absurdität Ihres ideologischen Nebels deutlich macht: Die Kindergärten werden Marktmechanismen ausgesetzt.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Sie haben doch gesagt: Wir wollen Wettbewerb!)

Lieber Herr Jörg, ich weiß nicht, ob das an Ihnen vorbeigegangen ist, aber wir erleben zurzeit einen demografischen Wandel.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [fraktionslos])

Von Jahr zu Jahr wird es weniger Kinder in diesem Land geben. Wenn wir durch unser neues System

(Wolfgang Jörg [SPD]: Ich denke, wir bekommen mehr in diesem System durch die U3-Betreuung!)

den Anreiz geben, dass sich jede Kindertagesstätte anstrengt, das beste Angebot, die beste Bildung und die beste Betreuung zu liefern, sind das genau die Marktmechanismen, die ich mir wünsche.

(Heiterkeit von Wolfgang Jörg [SPD])

Ich wünsche mir, dass sie um die Kinder werben und so gut sind, dass die Kinder in die Einrichtungen gehen.

(Wolfgang Jörg [SPD]: Aber nicht unter diesen Rahmenbedingungen!)

Ihnen ist fremd, dass mehr Geld da landet, wo mehr Geld nötig ist.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

Wir haben manche zweigruppige Einrichtung, Herr Jörg, mit zehn Fachkräften plus Freistellungsanteilen. In manchem sozialen Brennpunkt fehlen die Erzieherinnen. Dabei werden wir jetzt umsteuern.

(Wolfgang Jörg [SPD]: Das können Sie an den Weihnachtsmann adressieren!)

Es ist Schluss damit, dass die, die sich nicht so gut artikulieren können, weniger Geld haben.

(Wolfgang Jörg [SPD]: Genau das passiert nicht!)

Das Geld wird für die Kinder verwendet, die es in diesem Lande nötig haben!

(Beifall von CDU und FDP – Wolfgang Jörg [SPD]: Aber doch nicht mit diesem Gesetz!)

Sie hatten auch vor, diesen Weg zu gehen. Frau Kollegin Schäfer, die eben noch anwesend war – das weiß ich von meinen Kolleginnen unter den Familienministerinnen –, hatte genau die gleiche Absicht. Sie hat gesagt: Ich will das genau so machen, weil es einfach auf der Hand liegt. – Aber Sie haben verhindert, dass sie diesen Weg gehen konnte.

(Wolfgang Jörg [SPD]: Quatsch!)

Wir setzen jetzt das um, was richtig ist. Wir schauen auf das einzelne Kind und nicht auf festgefahrene Strukturen, aus denen sich mit Ihrem Denken gar nicht mehr befreien können, weil Sie es seit 30 Jahren so gewohnt sind.

Ich möchte noch einmal auf eine Frage aufmerksam machen, die ebenfalls zu vielen Diskussionen Anlass gegeben hat: Was ist eigentlich passiert nach dem Konsens, der geschlossen war und der jetzt wieder da ist? Alles, was Sie in Ihren Flugblättern, E-Mails usw. kritisieren, ist Bestandteil des Konsenses, dass sich nämlich Eltern in Zukunft zwischen 25, 35 und 45 Stunden entscheiden. Das gefällt Ihnen nicht, weil Sie den Eltern nicht zutrauen, etwas zu entscheiden.

(Widerspruch von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Wir wollen diese Entscheidungsfreiheit für Eltern! Das unterscheidet uns.

(Beifall von der CDU und von Dietmar Brockes [FDP] – Zurufe von der SPD)

Sie sagen: Alle Eltern werden nur billig buchen; sie wissen eigentlich gar nicht, was gut für ihre Kinder ist.

(Wolfgang Jörg [SPD]: Es gibt Eltern, die zu wenig Geld haben! Das können Sie nicht verstehen!)

Wir von der SPD wissen das alles besser; ver.di weiß das alles besser. – Aber die Landesregierung nimmt die Eltern ernst und lässt ihnen zunächst einmal die Entscheidungsfreiheit, wie lange ein Kind in einen Kindergarten geht.

Dann kommt die Frage dazu, was mit den sozial Schwachen ist: Erfahren sie demnächst noch 45 Stunden Betreuung, wenn sie sie brauchen? Das war schon durch das Sozialgesetzbuch VIII geregelt.

(Wolfgang Jörg [SPD]: Nein!)

Viele haben trotzdem Sorge, dass das demnächst nicht mehr möglich ist. Deshalb wird jetzt präzisiert, dass jedes Kind – auch das, das keine Beiträge zahlt – in Zukunft 45 Stunden in Anspruch nehmen kann. Das ist für viele, die Sogen hatten, eine große Beruhigung. Ich denke, wenn man so etwas nach einer parlamentarischen Beratung präzisierend in das Gesetz aufnimmt, hat das eine ganz wichtige Wirkung.

Dann ist im Konsens auf Vorschlag der LAGÖF ein Planungskorridor von 10 % eingeführt worden. Das ist mehr, als im Februar verabredet war. Die Träger hatten erst gesagt: 19 bis 21 Kinder, damit

können wir gut leben. Dann haben sie nachgetragen: Wir brauchen 18 bis 22. – Nun kann man von einem Konsensbruch reden, wenn man, nachdem 19 bis 21 verabredet sind und ich 19 bis 21 ins Gesetz aufgenommen habe, danach 18 bis 22 haben will.

(Britta Altenkamp [SPD]: Herr Minister, das ist so billig, das würde nicht einmal einer von uns machen!)

– So kann man das machen, Frau Altenkamp. – Aber wir haben auch da gesagt: Wir verstehen die Sorge. Wir nehmen eine so große Veränderung vor und machen jetzt einen Planungskorridor von 10 %. Dazu brauchten Sie uns keine Demonstranten zu bringen, lieber Herr Jörg. Das ist ein Ergebnis ...

(Beifall von CDU und FDP – Wolfgang Jörg [SPD]: Wir haben die Demonstranten gebracht?)

– Hören Sie doch zu Ende! Entspannen Sie sich doch mal einen Moment!

(Wolfgang Jörg [SPD]: Sie wissen gar nichts von der Situation da draußen!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, ich wollte nur darauf hinweisen: Die Redezeit ist abgelaufen. Sie können natürlich weitersprechen; das wird den anderen Fraktionen wiederum zugerechnet. Nur, damit Sie das im Blick haben! Danke schön.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Zu diesem Konsens, Herr Jörg, müssen Sie sich mal irgendwie mit Frau Asch einigen, was nun wahr ist. Sie merken an meiner Haltung, ich habe lange Gespräche geführt und hätte sie auch noch länger geführt. Frau Asch war das zu lange. Sie sagen, nur durch Demonstranten sei ich oder seien die Fraktionen dazu bewegt worden, etwas zu verändern.

(Wolfgang Jörg [SPD]: Das stimmt!)

Das, was da viele vorgetragen haben, wird sich nicht verändern. Wir wollen die Wahlfreiheit für Eltern, die Zeiten für Betreuungsverträge, mehr Geld im System. Aber wir haben die Träger ernst genommen und gesagt: Okay, wir verstehen, ihr braucht mehr Planungssicherheit. Und diese Planungssicherheit ist durch die Anträge der Fraktionen jetzt noch einmal erhöht worden.

Deshalb finde ich, Sie sollten jetzt nicht dazu aufrufen, den Widerstand weiter zu organisieren. Das können Sie zwar parteipolitisch machen, aber es

wird schiefgehen, weil viele, die dort arbeiten, ab morgen das große Interesse haben: Wie können wir das Gesetz zum Erfolg bringen?

(Wolfgang Jörg [SPD]: Die können nur retten, was zu retten ist!)

Ich prophezeie Ihnen: Es gibt dort viele engagierte Menschen, die anders argumentieren als Sie und Frau Asch, die wollen, dass Kinder im Mittelpunkt stehen, die wollen, dass das Ganze ein Erfolg wird,

(Wolfgang Jörg [SPD]: Das wollen Sie nicht!)

die wollen, dass das Geld – über eine Milliarde, so viel hat es noch nie gegeben – für die Kinder eingesetzt wird. Deshalb setze ich darauf, dass das Gesetz ein Erfolg wird, dass Kinder in den Blick rücken,

(Wolfgang Jörg [SPD]: Da müssen Sie es neu schreiben, wenn Kinder in den Blick rücken sollen!)

dass Familien gestärkt werden, dass wir bei der U-3-Betreuung aufhören, Schlusslicht zu sein in Deutschland, und dass es gelingt, für die vielen Kinder aus Zuwandererfamilien neue Bildungschancen zu schaffen,

(Wolfgang Jörg [SPD]: Nicht mit diesem Gesetz!)

weil wir eben zum Land der neuen Chancen werden. KiBiz ist ein riesiger Schritt, mit dem wir guten Gewissens, mit guten Zahlen, mit mehr Geld und mit mehr Bildung in die nächsten Auseinandersetzungen gehen. – Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall von CDU und FDP – Britta Altenkamp [SPD] geht schon zum Rednerpult. – Wolfgang Jörg [SPD]: Warten Sie doch erst mal ab, was sie sagt!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Laschet. – Wir kommen zum nächsten Redebeitrag. Für die SPD-Fraktion steht bereits Frau Kollegin Altenkamp am Pult. Bitte schön.

Britta Altenkamp (SPD): Minister Laschet hatte auch schon mal mehr Beifall. Das versucht man nun durch die Länge zu kompensieren. Aber lassen wir das! Auch das ist ein durchsichtiges Manöver.

Es ist heute sicherlich kein guter Tag für die Kindertageseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen. Oder vielleicht doch? Denn dieses Gesetz am heutigen Tag markiert ganz sicher den Anfang

vom Ende der CDU/FDP-Regierung hier in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

An keinem Gesetzesvorhaben wird die Janusköpfigkeit dieser Regierung so deutlich wie am KiBiz. Und schlimm für Sie: Die Menschen im Land, die Eltern, die Familien, haben lange erkannt, wie bei Ihnen die behauptete und die reale Politik auseinanderfallen.

(Beifall von der SPD)

Sie nennen Ihr Gesetz Kinderbildungsgesetz. Sie sagen, jetzt kommt Bildung in die Kitas. Tatsächlich aber haben wir es mit einem zwerghaften Anspruch von Bildung zu tun. Denn Sie sind noch nicht einmal in der Lage, in Ihrem Gesetz frühkindliche Bildung zu definieren. Sie tun so, als gäbe es die Bildungsvereinbarung mit den Trägern von 2003 überhaupt nicht, denn Sie sind nicht bereit – das hätte nichts gekostet –, sie verbindlich ins Gesetz aufzunehmen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Frühkindliche Bildung, Herr Minister – das sage ich Ihnen als Fachminister –, ist eben mehr als Sprachförderung oder die Vorbereitung auf die Schule. Sie aber verengen mit dem Auftrag, den Sie an die Kitas stellen, alles genau darauf. Es gibt also mit Ihrem Gesetz nicht mehr, sondern weniger Bildung.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Weil das viele Eltern und viele Menschen, die mit Kindertageseinrichtungen zu tun haben, begriffen haben, protestieren sie ganz heftig gegen dieses Gesetz.

Sie sagen, Sie verbessern das Betreuungsangebot für die unter Dreijährigen. Gerade eben haben wir das wieder gehört. Tatsächlich aber schaffen Sie den Unter-Dreijährigen-Ausbau über den Abbau von Qualitätsstandards. Das ist wie eine sich selbst erfüllende Prophezeiung. Sie sagen: Eigentlich wollen die Eltern ihre Kinder am liebsten zu Hause betreuen, wenn sie so klein sind. Anschließend schaffen Sie genau die Bedingungen, damit das eintrifft.

Die Eltern, vor allem die Mütter, bleiben zu Hause und betreuen ihre Kinder, weil die Qualität, die Sie mit diesem Gesetz in den Kindertageseinrichtungen anbieten, so schlecht ist. Sie betreuen ihre Kinder unter Verzicht auf Einkommen, berufliche Teilhabe und Karriere. Das ist Ihre Familienpolitik hier in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD)

Sie sagen: Mit den Buchungszeiten schaffen wir für die Eltern ein flexibles Angebot. – Tatsächlich aber legen Sie ein Finanzvolumen auf den Tisch, das das genaue Gegenteil erzielt. Für Träger entsteht so viel Planungsunsicherheit, dass Ihre Angebote eher starrer als flexibler werden. Tatsächlich steigt in Nordrhein-Westfalen der Bedarf nach echten Ganztagsplätzen, aber durch Ihr Gesetz haben die Träger deutlich größere Schwierigkeiten, diese Ganztagsplätze auch anzubieten.

Da hilft es den Eltern überhaupt nicht, Frau Doppmeier, dass wahrscheinlich die 25-Stunden-Angebote stark zunehmen werden, und die Öffnungszeiten flexibler. Denn eines ist klar: Wer hier flexibler werden muss, sind die Eltern. Die Eltern müssen nämlich in Zukunft schauen, wie sie Betreuung über Mittag und am Nachmittag organisieren. Das ist die Flexibilität, die Sie organisieren!

(Beifall von der SPD)

Sie sagen: Wir bringen mehr Wettbewerb in den Bereich der Kindertageseinrichtungen. Kommunen sollten frei sein zu entscheiden, wie hoch der Elternbeitrag ist; das schafft einen gesunden Wettbewerb. – Tatsächlich gibt es aber keinen Wettbewerb, sondern es gibt Kommunen, die deutliche Nachteile haben, und zwar von Anfang an in diesem Rennen, nämlich Kommunen in Haushaltsnotlagen. Denn die Eltern, die in diesen Kommunen leben, sind mit Ihrem Gesetz in der Situation, überhaupt nicht entscheiden zu können, wie lange ihre Kinder in die Kindertageseinrichtungen gehen können. Sie schaffen Bildungsnachteile von Anfang an. Es ist eben nicht so, dass die Kommunen in einen Wettbewerb treten. Die Wahrheit ist, die Familien und die Kinder in den Kommunen in Nordrhein-Westfalen treten in den Wettbewerb um ihre Bildungschancen. Das ist die Wahrheit über Ihr Gesetz.

(Beifall von der SPD)

Das ist besonders fahrlässig. Denn Sie wissen, wie sich der Elternbeitragsdefizit ausgleich ausgewirkt hat, und Sie sind nicht in der Lage und nicht bereit, diese Fehlentscheidung zurückzunehmen.

(Zustimmung von der SPD)

Stattdessen kommen Sie mit einer pflaumenweichen Entschließung daher, deren gesetzliche Bindung gleich null ist. Und das ist – das muss ich Ihnen wirklich sagen – mein liebster Moment in diesem Gesetzgebungsverfahren: der Moment der Fraktionsvorsitzenden; denn jetzt kommt Kompetenz ins Spiel. Wie immer, wie Sie das auch schon bei der Gemeindeordnung und bei

anderen gemacht haben, kriegen Sie Ihren Koalitionsstreit nur mit einer EntschlieÙung über die Bühne gebogen, die dann tatsächlich nicht mehr und nicht weniger ist als eine Verpflichtungserklärung für Sie selber, die aber gesetzlich überhaupt keine Bindung hat. Das ist der Grund, lieber Herr Lindner, warum die Kirchen Ihre Drohgebärde mit großer Gelassenheit ansehen.

(Beifall von der SPD)

Herr Minister, deutlich geworden ist, dass Sie nach wie vor die Proteste und die Ängste der Betroffenen nicht ernst nehmen. Sie haben eben gesagt, dass Sie eine große und schwere Umstellung im System vorhaben. Aber Sie sind nicht bereit, Übergangslösungen zu schaffen oder das auch nur in irgendeiner Form aufzunehmen, sondern Sie diskutieren darüber hinweg und meinen, die Opposition hätte Ihnen die Proteste besorgt und organisiert. Wenn Sie mit den Menschen so umgehen, dann ist es in der Tat der Anfang vom Ende Ihrer Regierung.

(Beifall von der SPD)

Am Ende hilft da auch die Charmeoffensive der CDU vor dem Landtag nicht mehr; denn die Menschen fühlen sich durch Ihre Kampagne verhöhnt, insbesondere diejenigen, die betroffen sind, nämlich Familien, Erzieher und alle Menschen, die mit kleinen Kindern zu tun haben.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Und, Herr Minister, das dicke Ende kommt noch: Denn in der Umsetzung wird sich erweisen, wie untauglich Ihr Gesetz ist. In Nordrhein-Westfalen gibt es keinen Schub für die Familienpolitik, keinen Schub für die Kinderbetreuungspolitik, sondern mit Ihrem Gesetz gibt es einen Umkehrschub: zurück in die 70er-Jahre. – Vielen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Altenkamp. – Für die CDU-Fraktion spricht Frau Kollegin Kastner.

Marie-Theres Kastner (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Liebe Damen und Herren! Der alte Adenauer hat einmal gesagt: Je härter die Schläge ...

(Zurufe von der SPD)

– Vielleicht lassen Sie mich einmal ausreden. Das wäre auch eine Möglichkeit. – Er hat einmal gesagt: Je härter die Schläge mich treffen, umso freier wird mein Kopf.

(Lachen von der SPD)

Die Bedeutung dieses Spruches habe ich in den letzten Monaten durchaus kennen gelernt.

(Unruhe von der SPD – Glocke)

Meine Damen und Herren, wir haben in den letzten Wochen Vielfältiges erlebt: Diskussionen, Zuschriften, Postkarten, meistens ohne Absender, Demonstrationen vor dem Landtag und vor dem Ministerium – manches war sachlich, manches war emotional, manche Leute haben sich auch dazu bekannt, dass man die Argumente ausschalten sollte, damit man besser emotional diskutieren könne, wie beispielsweise ver.di.

(Beifall von der CDU)

Ängste um ihren Arbeitsplatz wurden vor allem von den Erzieherinnen geäußert. Meine Damen und Herren, für diese Ängste der Erzieherinnen habe ich Verständnis. Denn schließlich und endlich haben sie Erfahrungen. Sie haben 1998 die Erfahrung mit der letzten GTK-Reform gemacht, nach der Tausende von ihnen auf der Straße standen.

(Beifall von der CDU)

Aus diesem Grunde haben wir uns sehr wohl darum gekümmert, dass die Erzieherinnen keine Angst um ihren Arbeitsplatz haben müssen. Am Ende dieses Prozesses werden sich diejenigen, die sich an die Seite derer gestellt haben, die diese Ängste geschürt und die für Verunsicherung gesorgt haben, und die dann feststellen, dass es gar nicht so schlimm ist, wie es ausgesehen hat, sicherlich fragen, ob das im Rahmen eines Demokratieprozesses die richtige Weise ist.

(Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinther)

Nach allen diesen Diskussionen – ich komme darauf zurück: umso freier wird mein Kopf – bin der Meinung: Das GTK ist richtig –

(Lachen von der SPD)

nein, nicht das GTK, sondern das KiBiz ist richtig.

(Zuruf von der SPD)

– Nein, das KiBiz ist richtig, denn das GTK passt nicht an die Anforderungen dieser Zeit. Mit dem alten GTK können wir die Problematik unserer Familien nicht lösen und wir können keine Plätze für unter Dreijährige schaffen.

(Beifall von CDU und FDP)

Das ist das Hauptbesorgnis der Familien. Diejenigen Eltern, die diese Plätze brauchen, meine Damen und Herren, haben Sie nicht zu Protesten

bewegen können, sie haben freiwillig auch nicht protestiert, sondern sie warten darauf, dass es dieses Gesetz gibt, damit sie endlich eine Möglichkeit haben, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren.

(Beifall von der CDU)

Im Übrigen – ein kleiner Einschub – wird gesagt, das Gesetz schaffe keinen Anspruch auf Bildung. Meine Damen und Herren, vielleicht schauen Sie einmal auf den Entschließungsantrag! Dort steht unter anderem, dass die Bildungsvereinbarungen weiterentwickelt werden sollen. Das heißt, sie gelten, sie sind nicht außer Kraft gesetzt worden.

(Britta Altenkamp [SPD]: Das ist genau Ihr Problem: Sie erkennen nicht das Problem!)

Ich habe noch einige Minuten Zeit, die ich dazu nutzen möchte, um auf die Anträge der Opposition einzugehen. Meine Damen und Herren, vor allem Sie von der SPD-Fraktion, gestern habe ich Ihren Antrag heruntergeladen und ausgedruckt. Mein Drucker hat einen Papierstau entwickelt. Hinterher, als ich das ganze Werk gelesen hatte, dachte ich mir: Der Drucker muss ein sehr intelligenter Drucker sein; denn für das, was darin steht, kann ich eigentlich überhaupt kein Verständnis mehr haben. Das ist viel Papier. In diesem langen Entschließungsantrag von zwölf Seiten versuchen Sie, die Verantwortung, die Sie 40 Jahre lang in diesem Land getragen haben – damit meine ich ausdrücklich die SPD –, auf andere Leute abzuwälzen, indem Sie sagen: Die CDU hat ein verkrustetes Familienbild, deshalb sind wir nicht weitergekommen. – Ich meine, die Äußerungen von Frau von der Leyen vor einem knappen halben Jahr deuten bestimmt nicht auf ein verkrustetes Familienbild der CDU hin.

Sie haben 40 Jahre lang die Verantwortung getragen und es auf sage und schreibe 2,8 % Betreuungsplätze für unter Dreijährige gebracht. Das ist nun wirklich keine Heldenleistung. Sie spielen in diesem Antrag das Frauenbild gegen Zugewanderte aus. Auch da haben Sie wenig getan.

Sie haben eines immer noch nicht verstanden – das mir ein wichtiges Anliegen; der Herr Minister hat das vorhin von anderer Seite beleuchtet –: Sie gehen in Ihrem Antrag immer davon aus, dass der Staat die Familie ersetzen könne. Da unterscheiden wir uns vom Prinzip her. Wir sagen ganz eindeutig: Tagesbetreuungseinrichtungen für Kinder sind eine familienergänzende Einrichtung. Wir müssen immer wieder für uns konstatieren – das halte ich für ganz wichtig –: Mindestens 90 % aller Familien tun genau das, was sie sich selber als

Aufgabe gestellt haben, nämlich ihre Kinder erziehen, ihre Kinder bilden. Wenn Sie den Experten glauben, dann wissen Sie, dass der Bildungsanteil in der Familie doppelt so hoch eingeschätzt wird wie der Bildungsanteil in Erziehungseinrichtungen.

(Beifall von der CDU)

Sie bringen keine eigenen Konzepte vor. Sie versprechen den Menschen Unsummen von Geld, ohne zu sagen, woher Sie es nehmen wollen. Es würde weitergehen – auch durch Ihren Antrag und durch die Anträge der Grünen –: Wir machen Schulden auf Kosten der Kinder und Enkelkinder.

Ich bin froh, dass wir dieses Gesetz heute verabschieden, um mehr Plätze für die unter Dreijährigen und mehr Wahlrechte für die Eltern zu bekommen. Es ist ein durchfinanziertes Gesetz, ein Gesetz, das auch für andere Bundesländer ein Vorbild sein kann. Wir setzen hier sicherlich Maßstäbe. Deshalb geben wir dem KiBiz eine Chance. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Kastner. – Für die FDP spricht nun der Kollege Lindner.

Christian Lindner (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen, meine Herren! Ich möchte nur auf zwei bemerkenswerte Umstände hinweisen.

Der erste Umstand bezieht sich auf die Einlassungen von Frau Asch, hier sei nicht handwerklich sauber gearbeitet worden. Das hat sie ja wie ein Mantra hier und an anderen Stellen vorgetragen. Gleichzeitig ist Frau Asch mit ihrer Fraktion in der Lage, einen Änderungsantrag vorzulegen, mit dem der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz, wie wir ihn auch wollen, vorgezogen und schon jetzt ins Gesetz geschrieben werden soll. Hierbei lässt sie das handwerkliche Detail völlig unberücksichtigt, dass wir das Konnexitätsprinzip in der Landesverfassung haben und deshalb ein formales Verfahren zur Abstimmung von Kostenfolgen einleiten müssen. Wer arbeitet hier handwerklich sauber und wer arbeitet unsauber, meine Damen und Herren?

(Beifall von FDP und CDU – Zuruf von Johannes Rimmel [GRÜNE])

Ich möchte auf einen zweiten Umstand hinweisen. Dieser betrifft die Sozialdemokratie. Die Rednerinnen und Redner der SPD stellen sich hier mit der Axt in der Hand vor das staunende Publikum und kritisieren das KiBiz in Bausch und Bogen. An

anderer Stelle, im Fachausschuss, wo fachlich gearbeitet wird, wo Änderungsanträge vorgelegt werden, arbeiten Sie mit der Nagelfeile, legen zahlreiche Änderungsanträge vor,

(Wolfgang Jörg [SPD]: Um das Schlimmste zu verhindern!)

ändern aber nur Detailbestimmungen und bestimmte Zielsetzungen. An der Grundkonstruktion haben Sie dort aber festgehalten. Da muss ich Sie fragen: Ist das alles Show, was Sie hier machen, oder sind Sie nicht in der Lage, technisch wie finanziell Ihre großen Sprüche sauber zu hinterlegen? Ich befürchte, es ist eine Mischung aus beidem.

Es gibt keine Alternative zu diesem Kinderbildungsgesetz. Es ist ein gutes Gesetz. All Ihre heiße Luft, Ihre Desinformation und Ihre falschen Versprechungen werden sich genauso auflösen, wie der Luftballon dort oben an der Decke entfernt werden wird. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU – Wolfgang Jörg [SPD]: Wer hat denn hier Falsches versprochen?)

Präsidentin Regina van Dintther: Danke schön, Herr Lindner. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun Frau Löhrmann.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Lindner und Herr Laschet, Ihre ganzen Ablenkungsmanöver können nicht darüber hinwegtäuschen,

(Christian Lindner [FDP]: Wer macht denn hier Ablenkungsmanöver?)

dass Sie hier einen Gesetzentwurf vorgelegt haben und heute verabschieden, der den Anforderungen, die Sie formulieren, nicht Rechnung trägt. Das ist eine Tatsache.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie erweisen sich einmal mehr als eine Koalition der Unbelehrbaren. Sie gehen mit Arroganz über die vielen hunderte, tausende Unterschriften hinweg. Ich gehöre diesem Hause eine ganze Zeit an. Ich habe noch zu keinem Gesetzgebungsverfahren so viele Resolutionen, Zuschriften und Änderungswünsche, und zwar sehr grundsätzlicher Art, erlebt. Darüber setzen Sie sich hier und heute hinweg. Ich finde es beschämend für Sie als Regierungsfractionen, wie leichtfertig Sie das tun.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Mit den Hinweisen auf AWO und ver.di wollen Sie nur darüber hinweggehen, was Sie hier Schlechtes vorgelegt haben.

Einen zweiten Punkt möchte ich ansprechen. Herr Laschet, Sie stehlen sich aus der Verantwortung. Einerseits gucken Sie immer wieder nach hinten in die Zeit, als Sie keine Verantwortung hatten, und jetzt stehlen Sie sich noch auf andere Weise aus der Verantwortung. Sie versuchen, das, was den Leuten nicht gefällt, der freien Wohlfahrtspflege in die Schuhe zu schieben. Ich finde das eine Unverschämtheit.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich zitiere, was Ihnen Herr Becker heute sagt: Keine Generalabsolution zum KiBiz. Die Vertreter der Wohlfahrtspflege weisen nämlich sehr deutlich darauf hin, dass das Ihr Gesetz ist

(Minister Armin Laschet: Gott sei Dank!)

und dass die Wohlfahrtspflege sich nur bemüht hat, etwas zu retten, was noch zu retten ist. Das ist eine Tatsache. Sie können nicht sagen, die sind im Grunde verantwortlich,

(Minister Armin Laschet: Das sagt doch keiner!)

und wir haben es so genau nicht zu verantworten. Ich finde es unerhört, wie schlecht Sie Ihrem Gesetzgebungsanspruch gerecht werden.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie sind der Gesetzgeber und haben dieses Gesetz zu verantworten.

Herr Laschet, auch heute – das regt mich immer wieder auf – lese ich in den Meldungen, es könne keiner dem KiBiz zuschieben, dass die Elternbeiträge erhöht würden; dafür seien die Kommunen verantwortlich. – Sie haben mit dem ersten Haushalt, den Sie zu verantworten haben, das Elternbeitragsdefizitausgleichsverfahren geändert!

(Minister Armin Laschet: Was hat das denn mit dem KiBiz zu tun?)

Diese wesentliche Forderung haben Sie nicht zurückgenommen. Die Kommunen und die Eltern müssen nun die Zeche bezahlen. Die soziale Spaltung in Nordrhein-Westfalen wird durch dieses Gesetz zunehmen. Auch deswegen ist es ein schlechtes Gesetz. Hierüber kann auch alles andere nicht hinwegtäuschen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Zum Verfahren: Ich beantrage auch im Namen der SPD-Fraktion, über den Änderungsantrag,

den wir gemeinsam vorgelegt haben, nämlich zur Rückkehr zu dem alten Beitragsausgleichsverfahren, damit das Land in die Verantwortung geht, namentlich abzustimmen, weil ja einige Kollegen der Fraktionen geäußert haben, sie hielten dieses für nicht zustimmungsfähig. – Herzlichen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Frau Löhrmann. – Es spricht nun der fraktionslose Abgeordnete Sagel.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Rüdiger Sagel¹⁾ (fraktionslos): Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Präsidentin! Guten Morgen! Die CDU hat etwas gemerkt! Das KiBiz-Spargesetz zulasten von Kindern, Eltern und Kommunen soll nach massiven Protesten nachgebessert werden. Ich habe gerade mit Erstaunen die Worte meiner Kollegin aus Münster, Frau Kastner, vernommen: Je härter die Schläge, desto härter wird mein Kopf. – Frau Kastner, wer hat Ihnen bei diesem Gesetz nur vor den Kopf geschlagen? Das frage ich mich.

(Zurufe von der CDU)

Was sollen die Nachbesserungen? Die Strategie ist leicht durchschaubar: Sie sollen die Bürgerinnen und Bürger im Land täuschen und die Spitze des Widerstands brechen. So argumentieren Sie hier auch, Herr Laschet.

Durch die Förderung der unter Dreijährigen sollen insgesamt mehr Plätze geschaffen werden. Doch gleichzeitig wird die Betreuungssituation – die personelle Versorgung – nicht verbessert, sondern das Gegenteil ist der Fall. Faktisch steht 2008 deutlich weniger Geld zur Verfügung: 829 Millionen € statt 940 Millionen € im Jahr 2005, vor der Regierungsübernahme von CDU und FDP.

Aufgrund des bereits fehlenden Elternbeitragsdefizitausgleichs werden die Eltern zudem weiter finanziell belastet, und vor allem in den Kommunen entstehen große Verwerfungen. Betroffen sind insbesondere Elterninitiativen und Kindergärten. Daran ändern auch Ihr nun auf Druck geändertes Verfahren und Ihr Abrechnungsmodus nichts.

Der „NRW-KiBiz“ ist Kinderbildung nach Klassenlage und vor allem nach Kassenlage. Dieser Gesetzentwurf ist ein funktional-technokratischer KostenreduzierungsGesetzentwurf, der keinerlei Rücksicht auf kindorientiertes Lernen nimmt und die Elterninteressen vernachlässigt. Das KiBiz-Ei ist faul, Herr Laschet, und stinkt zum Himmel. Sie

können froh sein, dass Sie nicht mit faulen KiBiz-Eiern beworfen worden sind.

(Zurufe von der CDU: Mein Gott! – Weitere Zurufe von der CDU – Ralf Witzel [FDP]: Das macht gleich bestimmt Frau Asch, nachdem sie mit dem Ballonwurf fertig ist!)

– Frau Asch hat nur heiße Luft in den „Himmel des Landtags“ abgelassen. Das, was Sie hier machen, stinkt wirklich zum Himmel.

KiBiz wird ein Spar- und Kürzungsgesetz. Das Angebot für über Dreijährige mit langen Betreuungszeiten wird gedeckelt. Die Eltern werden verstärkt zur Kasse gebeten. Der Konkurrenzkampf unter den Einrichtungen wird vergrößert. Die Betreuungsstandards werden schlechter. Die Eltern werden zu Kunden degradiert. – Das ist die Politik, die Sie hier machen.

Die Betreuungszeit hängt von der Größe des Geldbeutels ab. Sie machen die Kinder und ihre Betreuung zu einer Ware. Das ist Neoliberalismus pur. Und man weiß, wer Ihnen bei diesem Gesetz die Feder geführt hat. Herr Laschet, da sitzen sie, die Kollegen von der FDP. Das ist das, was hier passiert.

(Zurufe von der FDP)

Es ist nicht richtig, dass Potenziale und Talente von Kindern nicht gefördert werden – skandinavische Länder machen das übrigens anders – und dass die Höhe der Landesförderung von der wöchentlichen Betreuungszeit und der Kinderzahl abhängig ist.

Ich will den Erhalt und den Ausbau kleiner, altersgemischter Gruppen, gute Löhne für unsere hervorragend arbeitenden Erzieherinnen und Erzieher sowie mehr Erzieherinnen und Erzieher in kleineren Gruppen, wie das in Nordeuropa Standard ist. Ich will, dass sich unsere Kinder in den Kindertagesstätten entwickeln können.

Ich kann nur sagen: KiBiz – das ist Vogelscheiße!

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Abgeordneter Sagel, das ist ein sehr unparlamentarischer Ausdruck. Ich möchte Sie dafür rügen.

(Beifall von CDU und FDP)

Rüdiger Sagel¹⁾ (fraktionslos): Ja, aber man muss die Dinge auch beim Namen nennen.

(Zurufe von der CDU)

Man muss die Dinge auch beim Namen nennen, denn genau das ist es: Es ist Vogelmist, es ist Vogelscheiße – auf gut Deutsch gesagt.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Rüdiger Sagel¹⁾ (fraktionslos): Ich habe hier leider keine Anzeige. Außerdem bin ich mehrmals gestört worden.

(Zurufe von CDU und FDP: Oh!)

Wer allerdings die Unternehmenssteuern senkt, darf sich über Finanzlücken nicht wundern und kann natürlich auch keine kindgerechte Ausstattung der Kindergärten gewährleisten.

Der Antrag von SPD und Grünen geht mir deshalb nicht weit genug. KiBiz muss weg. Da helfen auch keine rot-grünen Nachbesserungen. Das Gesetz muss abgelehnt werden. Dafür stehe ich, und dafür steht Die Linke.

(Zurufe von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Meine Damen und Herren, es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Wir kommen daher zum Schluss der Beratung.

Wir stimmen erstens ab über den **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/5269**, der eine Änderung des § 1 vorsieht. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD und die Grünen. Wer ist dagegen? – Das sind die CDU und die FDP. Auch Herr Sagel ist dagegen. Dann ist dieser Änderungsantrag mit großer Mehrheit **abgelehnt**.

Wir kommen zweitens zur Abstimmung über den **Änderungsantrag** der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/5279**. Hierzu wird **namentliche Abstimmung** beantragt. Nach § 43 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung erfolgt die Abstimmung durch Aufruf der Namen der Abgeordneten. Die Abstimmenden haben beim Namensaufruf mit Ja oder mit Nein zu antworten oder zu erklären, dass sie sich der Stimme enthalten.

Ich bitte nun den Kollegen Schriftführer, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Der Namensaufruf erfolgt; Namensliste siehe Anlage.)

Vizepräsident Oliver Keymis: Damit sind wir am Ende der namentlichen Abstimmung und zählen aus.

(Die Auszählung erfolgt.)

Wir haben das **Ergebnis** der namentlichen Abstimmung. Mit Ja haben 81 Kolleginnen und Kollegen gestimmt, mit Nein 96 Kolleginnen und Kollegen. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 14/5279** mit Mehrheit **abgelehnt**.

(Beifall von der CDU)

Wir kommen drittens zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung. Der Ausschuss für Generationen, Familie und Integration empfiehlt in seiner **Beschlussempfehlung Drucksache 14/5229**, den Gesetzentwurf Drucksache 14/4410 in der vom Ausschuss beschlossenen Fassung anzunehmen. Wer ist für diese Annahme? – Die Fraktionen CDU und FDP. Wer ist dagegen? – Die Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der fraktionslose Kollege Sagel. Enthält sich jemand? – Eine Enthaltung. Damit ist die Beschlussempfehlung mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen bei einer Enthaltung angenommen und der Gesetzentwurf in zweiter Lesung **verabschiedet**.

Die Fraktionen von SPD und Grünen haben eine dritte Lesung des Gesetzentwurfs 14/4410 beantragt. Nach § 73 der Geschäftsordnung findet eine dritte Lesung auf Antrag einer Fraktion oder eines Viertels der Mitglieder des Landtags statt. Der Antrag muss vor Schluss der Beratung der zweiten Lesung schriftlich eingereicht werden. Diese Voraussetzungen sind gegeben.

Die Ihnen vorliegenden Entschließungsanträge werden nach der dritten Lesung zur Abstimmung gestellt. Zur Vorbereitung der dritten Lesung kann eine Überweisung des vorgenannten Gesetzentwurfs beschlossen werden. Ein entsprechender Antrag liegt ebenfalls vor. Damit stelle ich diesen Antrag zur Abstimmung.

Ich sehe eine Wortmeldung. – Herr Kollege Biesenbach, bitte schön.

Peter Biesenbach (CDU): Herr Präsident, wir werden die dritte Lesung natürlich akzeptieren, lehnen aber eine Rücküberweisung ab und werden morgen früh vor Eintritt in die Tagesordnung die Änderung der Tagesordnung beantragen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Biesenbach, für diesen Verfahrensvorschlag. – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Nein.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den **Antrag auf Rücküberweisung**. Ich bitte um Handzeichen. Wer ist dafür? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der fraktionslose Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist die Rücküberweisung **abgelehnt**.

Wir sind damit am Ende der zweiten Lesung. Morgen wird es wie angekündigt zur dritten Lesung kommen.

Kolleginnen, Kollegen, wir kommen damit zu:

3 Hochmodernes Kraftwerk in Krefeld verbessert Klimaschutz, sichert Industriestandort und Arbeitsplätze, sorgt für mehr Wettbewerb auf dem Strommarkt

Antrag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/5217 – Neudruck

In Verbindung mit:

Weitere Kohlekraftwerke in NRW sind mit den Klimaschutzziele der Bundesregierung nicht vereinbar!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/5223

Der Antrag Drucksache 14/5217 wurde mit Datum vom 23. Oktober als Neudruck verteilt. Der bisherige Antrag der Fraktion der SPD ist nun ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU, SPD und FDP.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die SPD-Fraktion dem Herrn Abgeordneten Römer das Wort.

Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, Ihre weiteren Gespräche außerhalb des Saales zu führen, damit wir hier mit einer ruhigen und sachlichen Beratung fortfahren können. Danke schön.

Norbert Römer (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! In der vorigen Woche hat die SPD-Landtagsfraktion einen Antrag beschlossen, mit dem wir uns klar zu einem hochmodernem Kohlekraftwerk im Uerdinger Chemiepark bekennen. Dieses neue hochmoderne Kohlekraftwerk soll einen elektrischen Wirkungsgrad von 46 % haben und eine dauerhafte Dampfauskopplung zur Versorgung des Industriestandortes Krefeld-Uerdingen ermöglichen. Hierdurch steigt der energetische Gesamtwirkungsgrad auf 57 %.

Bevor ich, meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, auf die wesentlichen inhaltlichen Aspekte des Antrages eingehe, möchte ich zunächst den Kolleginnen und Kollegen von CDU

und von FDP danken, dass sie unserem Antrag beigetreten sind. Deshalb diskutieren wir heute über einen gemeinsamen Antrag von SPD, CDU und FDP, der als Neudruck vorliegt.

Insgesamt geht von diesem gemeinsamen Antrag ein starkes und klares Signal aus. Der Landtag Nordrhein-Westfalen unterstützt die Errichtung eines hochmodernen Kohlekraftwerks im Chemiepark Krefeld-Uerdingen. Der Landtag sieht darin einen wichtigen Beitrag für mehr Klimaschutz, für eine langfristige Sicherung des Industriestandortes und für mehr Wettbewerb. Der Neubau dieses Kohlekraftwerks dient nicht nur den Interessen des Chemieparks Uerdingen. Er ist im Interesse des gesamten Landes. Wir brauchen, meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, dringend ein umfassendes Kraftwerkserneuerungsprogramm.

(Beifall von der FDP)

Das gilt in Uerdingen. Das gilt in Lünen, in Duisburg, in Herne, in Hamm und im rheinischen Braunkohlenrevier gleichermaßen. Nur mit neuen Kraftwerken erreichen wir unser Ziel, Altanlagen zeitnah abzuschalten, um diese durch hocheffiziente neue Anlagen zu ersetzen.

Es ist Aufgabe der Landesregierung des Energielandes Nordrhein-Westfalen, dies zu einem politischen Thema zu machen. Deshalb bitten wir die Landesregierung – ich füge hinzu: wir erwarten das auch –, weiterhin politisch für die Errichtung des Kraftwerks in Krefeld zu werben.

Nicht nur bei der Diskussion um das Kohlekraftwerk in Krefeld erleben wir inzwischen eine deutliche Distanzierung Einzelner vom Industriestandort Nordrhein-Westfalen. Wie auch bei der CO-Pipeline müssen wir beobachten, dass häufig kleinräumig begründete Einzelinteressen den landespolitisch erforderlichen Weichenstellungen entgegenstehen.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Das verstehe ich nicht! – Weiterer Zuruf von der FDP: Wie kriegen Sie denn jetzt die Kurve?)

Deshalb appellieren wir gemeinsam an die in Krefeld kommunalpolitisch Verantwortlichen, eine Errichtung des Kraftwerkes zu unterstützen. Deshalb – ich füge das hinzu – wäre ich auch den Krefelder CDU-Abgeordneten dankbar, wenn wir hier mit ihnen gemeinsam zu einer großen Mehrheit für dieses Kraftwerk kommen könnten. Ich will sie ausdrücklich ermuntern, auch zu Hause dafür zu werben.